

# Rahmenvertrag

## über E-Commerce-Beratung und Serviceleistungen im Bereich

- ☐ **Los 1: Performance Marketing, Webanalyse / Ad Tech**
- ☐ **Los 2: Search Engine Optimization**

(Zutreffendes Los wird vom Auftraggeber nach Zuschlagserteilung angekreuzt)

**Goethe-Institut e. V.,**  
**Oskar-von-Miller-Ring 18**  
**80333 München,**  
vertreten durch Birgit Weckerle

- im Folgenden „Auftraggeber“ genannt -

und

Firma  
Anschrift:

vertreten durch

- im Folgenden „Auftragnehmer“ genannt -

### **§ 1 Vertragsgegenstand, Einzelabrufe und Obergrenze**

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Erbringung folgender Leistungen:  
E-Commerce-Beratung und Serviceleistungen im Bereich
  - für Los 1: Performance Marketing, Webanalyse / Ad Tech
  - für Los 2: Search Engine Optimization
- (2) Der Inhalt und der Umfang der Leistungen ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung des Auftraggebers sowie aus dem Angebot des Auftragnehmers im Rahmen der Ausschreibung E-Commerce-Beratung und Serviceleistungen aus dem Jahr 2026. Die Leistungsbeschreibung und das Preisangebot sind diesem Vertrag als Anlage 1 und 2 beigelegt. Der Auftragnehmer hat überdies die zur Erbringung der Leistungen nach diesem Vertrag erforderlichen Vorbereitungs- und Nebenleistungen zu erbringen, auch wenn diese im Vertrag einschließlich seiner Anlagen nicht ausdrücklich aufgeführt sind. Vorbereitungs- und Nebenleistungen sind sämtliche Leistungen, die für eine ordnungsgemäße Erbringung der Leistungen nach diesem Vertrag erforderlich sind.
- (3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, bei der Ausführung des Auftrags sämtliche für ihn geltenden gesetzlichen und sonstigen rechtlichen Verpflichtungen einzuhalten. Hierzu gehören insbesondere die ordnungsgemäße Entrichtung von Steuern, Abgaben und Beiträgen

zur Sozialversicherung, die Beachtung der arbeitsschutzrechtlichen Bestimmungen sowie die Gewährung mindestens derjenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts, die nach dem Mindestlohngesetz, einem nach dem Tarifvertragsgesetz für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes oder nach einer nach §§ 7, 7a oder 11 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes oder § 3a des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes erlassenen Rechtsverordnung für die jeweilige Leistung verbindlich sind.

- (4) Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer jeweils durch Einzelauftrag mit der Erbringung der Leistungen. Im Einzelauftrag benennt der Auftraggeber die konkret zu erbringenden Leistungen sowie den Termin, bis zu dem die jeweiligen Leistungen zu erbringen sind. Der Auftragnehmer erstellt daraufhin ein Angebot mit dem zu erwartenden Zeitaufwand zu den in § 3 festgelegten Vergütungssätzen. Der Auftraggeber nimmt das Angebot an oder lehnt es ab, so dass ein Einzelvertrag zustande kommt bzw. nicht zustande kommt. Der Einzelauftrag, das Angebot sowie die Beauftragung erfolgen jeweils schriftlich; der Schriftform genügt auch eine Email.
- (5) Der Auftraggeber ist berechtigt, vom Auftragnehmer entwickelte Konzepte sowie andere vom Auftragnehmer entwickelte Ideen selbst oder durch Dritte umsetzen zu lassen, ohne dass dem Auftragnehmer hierfür eine gesonderte Vergütung zusteht.
- (6) Der Auftraggeber ist nicht zum Abruf von Einzelaufträgen und zur Abnahme von Leistungen verpflichtet. Die Obergrenze für diesen Rahmenvertrag beträgt
  - für Los 1: 234.080 EUR
  - für Los 2: 85.120 EUR und

jeweils zzgl. Mehrwertsteuer. Der jeweilige Rahmenvertrag wird mit Erreichen der Obergrenze je Los beendet, die Rahmenverträge der anderen Lose werden dadurch nicht berührt. Für den Fall, dass die Obergrenze je Los bis zum Ablauf der Vertragslaufzeit nicht erreicht wird, ist eine Haftung des Auftraggebers ausgeschlossen.

## **§ 2 Vertragsbestandteile**

Die Rechte und Pflichten der Parteien ergeben sich aus den folgenden Vertragsbestandteilen:

- diesem Vertrag
- der Leistungsbeschreibung des Auftraggebers (Anlage 1)
- dem Angebot des Auftragnehmers (Anlage 2)
- den Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen VOL/B in der Fassung vom 5.08.2003

Die Vertragsbestandteile gelten bei inhaltlichen Widersprüchen in vorgenannter Reihenfolge. Allgemeine Vertragsbedingungen des Auftragnehmers werden zu keinem Zeitpunkt, auch nicht während der Vertragslaufzeit, Teil des Vertrages.

### **§ 3 Vergütung und Rechnungsstellung**

- (1) Der Auftragnehmer erhält die in seinem Angebot gem. Anlage 2 genannte Vergütung lt. Anhang Preisblatt. Die darin genannten Sätze verstehen sich zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer.
- (2) Die Vergütung ist für jeden Einzelauftrag auf Basis des tatsächlich entstandenen Aufwands jeweils gesondert in Rechnung zu stellen. Der Aufwand ist vom Auftragnehmer durch eine detaillierte Zeit- und Tätigkeitsaufstellung nachzuweisen.
- (3) Die Vergütung wird nach vollständiger Erbringung der im jeweiligen Einzelauftrag vertraglich vereinbarten Leistungen und nach Abnahme der Leistungen nach Rechnungsstellung durch den Auftragnehmer innerhalb von 30 Tagen nach Zugang einer prüfbaren Rechnung ausbezahlt.
- (4) Mit der vereinbarten Vergütung sind die Nutzungsrechtseinräumung gem. § 4 sowie alle bei Ausführung des Auftrags entstehenden Kosten abgegolten; etwaige Fahrt- oder Reisekosten sind ebenfalls durch die vereinbarte Vergütung abgegolten und werden nicht gesondert vergütet.
- (5) Die Vergütung wird auf folgendes Bankkonto des Auftragnehmers überwiesen:  
Bankleitzahl:  
Bank:  
Kontonummer:  
IBAN  
BIC
- (6) Die Abrechnung der Leistungen nach Aufwand erfolgt auf Basis von Dienstleistungsnachweisen, die folgende Angaben enthalten:
  - einzelne Leistungen, aufgeschlüsselt nach Stunden, Kosten/Stunde und Summe
  - Netto-Gesamtbetrag, Brutto-Gesamtbetrag, Mehrwertsteuer
  - Leistungszeitraum
  - Ausführliche Auflistung der Tätigkeit(en) / Leistungsaufstellung sind als pdf-Datei per E-Mail an den Auftraggeber zu verschicken.
  - Summe der Aufwände
  - Bezug zum vereinbarten Aufwand und Restbudget
  - Kostenstelle: 10007420 im Adressfeld (Rechnungsempfänger)

Die Rechnungsstellung erfolgt monatlich. Die Rechnungen sind per E-Mail als PDF-Dokument an den Auftraggeber zu übersenden.

### **§ 4 Urheber- und Nutzungsrechte**

- (1) Hinsichtlich der durch den Auftragnehmer im Rahmen seiner Tätigkeit geschaffenen urheberrechtlich geschützten Werke, räumt dieser dem Auftraggeber ein räumlich, zeitlich und inhaltlich unbeschränktes ausschließliches Nutzungsrecht für sämtliche bekannten und noch unbekannten Nutzungsarten im Rahmen des Vertragszwecks an diesen Werken ein, insbesondere die Konzepte des Auftragnehmers, auch in geänderter Form, in den eigenen Anwendungen des Auftraggebers zu implementieren oder durch Dritte implementieren zu

lassen. Diese Rechtseinräumung ist mit der Vergütung gemäß § 3 vollumfänglich abgegolten. Der Auftraggeber ist berechtigt, diese Rechte in gleichem Umfang auch Dritten einzuräumen.

- (2) Der Auftragnehmer garantiert, dass keinerlei Rechte Dritter an den vertraglich geschuldeten Leistungen oder den hiermit verbundenen, von ihm beschafften Materialien bestehen, die die vereinbarte Nutzung durch den Auftraggeber einschränken oder behindern könnten und stellt den Auftraggeber vorsorglich von allen Ansprüchen Dritter frei.

## **§ 5 Verschwiegenheitspflicht, Vertraulichkeit und Datenschutz**

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, alle Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse und ihm während der Vertragsdauer bekannt gewordenen betrieblichen Vorgänge und Informationen (insgesamt kurz: Informationen), an deren Geheimhaltung der Auftraggeber ein berechtigtes Interesse hat und welche nach ihrer Art, Quelle oder Bezeichnung als vertraulich anzusehen sind, streng vertraulich zu behandeln, vor Zugriff Dritter zu schützen und während der Dauer des Vertragsverhältnisses Stillschweigen zu bewahren. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, über alle während der Erfüllung des Vertragsverhältnisses bekannt gewordenen institutsinternen Angelegenheiten, deren Weitergabe an Dritte geeignet ist, den Interessen des Goethe-Instituts zu schaden, auch nach Ende des Vertragsverhältnisses Verschwiegenheit zu bewahren. Der Auftragnehmer darf die Informationen ausschließlich zum Zwecke der Erfüllung des Vertrages verwenden. Die Verpflichtung zur Geheimhaltung gilt nicht für Informationen, deren Veröffentlichung der Auftraggeber zugestimmt hat oder die ohne Verletzung dieser Vertraulichkeitsverpflichtung allgemein zugänglich oder bekannt sind.
- (2) Weiterhin verpflichtet sich der Auftragnehmer, sämtliche personenbezogenen Daten, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit bekannt werden, weder für Zwecke, die nicht mit der Erfüllung dieses Vertrages im Zusammenhang stehen, noch in einer sonstigen Weise unbefugt zu nutzen, an Dritte weiterzugeben oder zu verarbeiten oder verarbeiten zu lassen.
- (3) Die Verpflichtungen gem. Abs. 1 und 2 bestehen über die Beendigung dieses Vertragsverhältnisses hinaus fort.
- (4) Der Auftraggeber kann den Vertrag fristlos aus wichtigem Grund kündigen, wenn der Auftragnehmer die ihn nach den Absätzen 1 bis 3 treffenden Pflichten verletzt. Schadensersatzansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.
- (5) Der Auftragnehmer wird gem. Art. 13 DSGVO darauf aufmerksam gemacht, dass der Auftraggeber die personenbezogenen Daten, die zur Abwicklung dieses Vertrags erforderlich sind, zu diesem Zwecke erhebt, verarbeitet und nutzt. Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO. Nähere Angaben hierzu sind im Hinweis zur Verarbeitung personenbezogener Daten nach Art. 13 und Art. 14 DSGVO (an diesen Vertrag angefügt) enthalten.

## **§ 6 Tariftreue**

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den zur Leistungserbringung in Deutschland eingesetzten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern für die Dauer ihrer Tätigkeit in Ausführung des öffentlichen Auftrags mindestens diejenigen Arbeitsbedingungen zu gewähren, die durch die einschlägige Rechtsverordnung nach § 5 BTTG festgesetzt sind.
- (2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, von allen eingesetzten Nachunternehmern sowie vom Auftragnehmer oder von dessen Nachunternehmern beauftragten Verleihern (vgl. § 1 Abs. 1 AÜG) zu verlangen und durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass diese ihre Pflichten nach § 4 Abs. 1 und Abs. 3 BTTG vollständig erfüllen. Nicht als Nachunternehmer gelten unmittelbare und mittelbare Zulieferer im Sinne von § 2 Abs. 5 S. 2 Nr. 2 und Nr. 3 i. V. m. Abs. 7 und Abs. 8 LkSG, soweit der Zulieferer keine eigene Verpflichtung des Auftragnehmers erfüllt.
- (3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, mittels geeigneter Unterlagen fortlaufend zu dokumentieren, dass er sein Tariftreueversprechen gemäß § 3 BTTG einhält und die Unterlagen auf Anforderung der Prüfstelle Bundestariftreue vorlegt.
- (4) Hat der Auftragnehmer ein gültiges Zertifikat i. S. d. § 10 Abs. 1 BTTG und lässt er sich auch von seinen Nachunternehmern sowie vom Auftragnehmer oder von dessen Nachunternehmern beauftragten Verleihern ein solches Zertifikat vorlegen, ist die Dokumentationspflicht nach Absatz 3 erfüllt; eine gesonderte Dokumentation ist in diesem Fall nicht erforderlich.
- (5) Für den Fall, dass die Prüfstelle Bundestariftreue einen Verstoß nach § 13 BTTG feststellt, gilt die in den Absätzen 6 bis 8 folgende Vertragsstrafe als vereinbart.
- (6) Der Auftraggeber kann eine angemessene Vertragsstrafe bis zu 1 % des Auftragswertes je Verstoß geltend machen. Die Vertragsstrafen können auch nach Ende der Auftragsausführung geltend gemacht werden.
- (7) Bei mehreren selbständigen Verstößen darf die Gesamthöhe der Vertragsstrafen maximal 10 % des Auftragswertes betragen.
- (8) Die Vertragsstrafe gilt als verwirkt, sobald die Prüfstelle Bundestariftreue einen Verstoß nach § 13 BTTG rechtsverbindlich festgestellt hat. Eine weitere gesonderte Feststellung durch den Auftraggeber ist nicht erforderlich.
- (9) Der Auftraggeber ist berechtigt, das Auftragsverhältnis außerordentlich und fristlos zu kündigen, wenn die Prüfstelle Bundestariftreue einen Verstoß nach § 13 BTTG feststellt.

## **§ 7 Vertragsdauer und Kündigung**

- (1) Dieser Vertrag tritt mit Zugang der Mitteilung über die Zuschlagserteilung für das jeweilige Los in Kraft. Die reguläre Vertragslaufzeit beträgt zwei (2) Jahre. Bis zu einer Vertragsdauer von maximal vier (4) Jahren verlängert er sich jeweils um ein (1) weiteres Jahr, wenn er nicht vom Auftraggeber mit einer Frist von drei (3) Monaten zum jeweiligen Ende gekündigt wird.

- (2) Der Leistungszeitraum beginnt ab [XXX].
- (3) Sollte der Auftragnehmer erkennen, dass er die Leistungen nicht innerhalb des im jeweiligen Einzelauftrag vereinbarten Leistungszeitraums erbringen kann, hat er dies dem Auftraggeber unverzüglich unter Angabe der die rechtzeitige Fertigstellung verhindernden Gründe mitzuteilen. Der Auftraggeber ist in diesem Fall berechtigt, vom jeweiligen Einzelauftrag zurückzutreten. Im Falle des Rücktritts hat der Auftragnehmer keinen Anspruch auf die vereinbarte Vergütung. Die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen behält sich der Auftraggeber für den Fall vor, dass die Nichteinhaltung des Termins von dem Auftragnehmer zu vertreten ist.
- (4) Bis zur vollständigen Erbringung der durch den jeweiligen Einzelauftrag vereinbarten Leistungen kann der Auftraggeber ohne Auswirkungen auf die Gültigkeit dieses Rahmenvertrags den Einzelauftrag jederzeit kündigen. Kündigt der Auftraggeber, so ist der Auftragnehmer berechtigt, die vereinbarte Vergütung zu verlangen; er muss sich jedoch dasjenige anrechnen lassen, was er infolge der Aufhebung des Vertrages an Aufwendungen erspart oder durch anderweitige Verwendung seiner Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt.
- (5) Das Recht zur außerordentlichen fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund des vorliegenden Rahmenvertrages oder auch eines Einzelvertrages bleibt unberührt.
- (6) Die Kündigung bedarf der Schriftform.

## **§ 8 Unterauftragnehmer (Nachunternehmer)**

- (1) Die Pflichten dieses Vertrages gelten, soweit rechtlich zulässig, sinngemäß auch für die vom Auftragnehmer eingesetzten Unterauftragnehmer (Nachunternehmer). Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Nachunternehmern diese Pflichten aufzuerlegen und dies auf Verlangen des Auftraggebers nachzuweisen, gegenüber dem Auftraggeber steht der Auftragnehmer für die Einhaltung dieser Pflichten durch die Nachunternehmer ein. Die Übertragung von Leistungen oder Teilleistungen auf Nachunternehmer über die im Rahmen der Ausschreibung genannten Nachunternehmer hinaus ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers zulässig. Eine solche Übertragung ist grundsätzlich nur auf solche Nachunternehmer zulässig, die im Rahmen der Ausschreibung benannt wurden. Auf Anforderung wird der Auftragnehmer für vorgesehene sowie für zu diesem Zeitpunkt bereits eingesetzte Nachunternehmer geeignete Erklärungen und Nachweise zu deren Eignung in dem vom Auftraggeber geforderten Umfang, insbesondere Angaben zum Unternehmen sowie Referenzen mit Kontaktdaten von Ansprechpartnern, die eine Überprüfung durch den Auftraggeber ermöglichen, beibringen. Bringt der Auftragnehmer diese Nachweise nicht unverzüglich bei oder hat der Auftraggeber Zweifel an der Eignung eines Nachunternehmers, so wird der Auftragnehmer den Nachunternehmer unverzüglich aus der Leistungserbringung herausnehmen bzw. diesen Nachunternehmer nicht einsetzen. Der Auftragnehmer darf mit Nachunternehmern keine ungünstigeren Bedingungen vereinbaren als die mit ihm in diesem Vertrag vereinbarten Bedingungen.
- (2) Der Einsatz von Nachunternehmern entbindet den Auftragnehmer nicht von seiner alleinigen Verpflichtung gegenüber dem Auftraggeber zur vollständigen und vertragsgemäßen Vertragserfüllung und entbindet ihn nicht von seiner alleinigen Haftung gegenüber dem Auftraggeber. Der Auftragnehmer trägt die volle Verantwortung, in rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht, dass keine illegalen Arbeitskräfte eingesetzt werden und keine

Schwarzarbeit im Sinne des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung in seinem Betrieb geleistet wird. Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass dies auch von Nachunternehmern, die von ihm eingesetzt werden, eingehalten wird, und weist dies dem Auftraggeber auf Verlangen nach.

- (3) Die vorstehenden Absätze gelten entsprechend beim Einsatz mittelbarer Nachunternehmer (Nach-Nachunternehmer).

## **§ 9 Sonstiges und Schlussbestimmungen**

- (1) Dieser Vertrag regelt das Verhältnis der Parteien vollständig. Mündliche Nebenabreden bestehen nicht. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrags bedürfen der Schriftform und sind von beiden Parteien zu unterzeichnen. Dies gilt auch für die Aufhebung des Schriftformerfordernisses.
- (2) Sollte eine Bestimmung unwirksam oder ungültig sein, so berührt dies nicht die Wirksamkeit des Vertrags im Übrigen. Vielmehr ist die unwirksame Bestimmung durch eine rechtlich zulässige zu ersetzen, die der unwirksamen nach Inhalt und wirtschaftlicher Auswirkung am nächsten kommt.
- (3) Auf diesen Vertrag findet deutsches Recht Anwendung. Als Gerichtsstand wird, soweit gesetzlich zulässig, München vereinbart.

München, den \_\_\_\_\_, \_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Auftraggeber

\_\_\_\_\_  
Auftragnehmer

\_\_\_\_\_  
Goethe-Institut e. V.

*(Unterschrift kann durch Zuschlagsschreiben ersetzt werden)*

\_\_\_\_\_  
*(Unterschrift kann durch Signatur in Angebotsschreiben ersetzt werden)*

## **Hinweis zur Verarbeitung personenbezogener Daten nach Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)**

Das Goethe-Institut e.V., Oskar-von-Miller-Ring 18, 80333 München, im Folgenden „GI“, erhebt und verarbeitet Ihre personenbezogenen Daten (im Folgenden „Daten“) unter den nachfolgend aufgeführten Maßgaben.

### **Verantwortlicher**

Goethe-Institut e.V.

Oskar-von-Miller-Ring 18,  
80333

München

Telefon: +49

89

15921-0

[info@goethe.de](mailto:info@goethe.de)

[www.goethe.de](http://www.goethe.de).

### **Zweck**

Wir verarbeiten Ihre Daten, um die Angebote im Rahmen der Ausschreibung auszuwerten und im Fall des Zuschlags den Vertrag durchzuführen.

### **Rechtsgrundlage**

Die Verarbeitung basiert auf (vor-)vertraglichen Pflichten zwischen Ihnen und dem Goethe-Institut (**Erfüllung von vertraglichen Pflichten (Art. 6 Abs. 1 b) DSGVO**). Die personenbezogenen Daten werden zur Durchführung des Rechtsverhältnisses benötigt.

### **Kategorien der zu verarbeitenden Personenbezogenen Daten**

Wir verarbeiten folgende Daten über Sie:

- Ihren Namen,
- Ihre Anschrift,
- die im Rahmen der Ausschreibung und im Falle der Vertragsdurchführung anfallenden Daten.

Bei einer Verarbeitung nach Art. 6 Abs. 1 b) DSGVO gilt: Ohne die Daten, die Sie uns im Vorfeld des Vertragsschlusses zur Verfügung gestellt haben, ist der Vertragsschluss nicht möglich.

### **Weitergabe an Dritte**

Ihre personenbezogenen Daten werden nicht an Dritte weitergegeben.

### **Übermittlung in ein Drittland**

Ihre personenbezogenen Daten werden nicht in sog. Drittländer übermittelt.

### **ODER**

Ihre personenbezogenen Daten werden in sog. Drittländer übermittelt. Dies sind Klicken Sie hier, um Text einzugeben..

### **dauer der Datenspeicherung**

Wir speichern Ihre Daten, solange sie für einen der oben genannten Zwecke erforderlich sind oder eine gesetzliche Aufbewahrungsfrist vorgeschrieben ist.



### **ihre Rechte und Kontaktmöglichkeit**

Auskunft: Auf Anforderung teilen wir Ihnen gerne mit, ob und welche Daten über Sie gespeichert sind.

Berichtigung, Einschränkung der Verarbeitung oder Löschung: Soweit die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, haben Sie ein Recht auf Berichtigung, Einschränkung der Verarbeitung oder Löschung dieser Daten.

Datenherausgabe: Sie haben weiter das Recht, die Sie betreffenden Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format von uns zu erhalten; Sie können diese Daten an andere Stellen übermitteln oder übermitteln lassen.

Bei Fragen zur Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung Ihrer personenbezogenen Daten, bei Auskünften, Berichtigung, Einschränkung der Verarbeitung oder Löschung von Daten sowie Widerruf ggf. erteilter Einwilligungen oder Widerspruch gegen eine bestimmte Datenverwendung sowie zum Recht auf Datenübertragbarkeit wenden Sie sich bitte an unsere betriebliche Datenschutzbeauftragte:

Die Datenschutzbeauftragte  
Goethe-Institut e.V.  
Oskar-von-Miller-Ring 18  
80333 München  
[datenschutz@goethe.de](mailto:datenschutz@goethe.de)

### **Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde**

Sie haben außerdem ein Beschwerderecht bei der zuständigen Aufsichtsbehörde für den Datenschutz.

Diese ist der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Husarenstr. 30, 53117 Bonn. Sie können Ihre Beschwerde auch bei jeder anderen Datenschutzbehörde einlegen. Diese wird dann an die zuständige Aufsichtsbehörde weitergeleitet.